

CDU unterstützt Bürgeraktion Schule

Der schulpolitische Sprecher der CDU-Fraktion des Landtages Herbert Reul hat in einem Brief den Mitgliedern der Jungen Union die schulpolitische Situation im Lande und die Unterstützung der CDU für die Bürgeraktion Schule erläutert und ans Herz gelegt. Der Inhalt dieses Briefes könnte ebenso gut an die gesamte CDU-NRW gerichtet sein. Er gibt auch die Meinung des Landesvorstandes wieder, die jüngst einstimmig beschloß, die Bürgeraktion bei ihrem Votum für das gegliederte Schulwesen zu unterstützen.

Ab Mitte Oktober will die Bürgeraktion Schule Unterschriften für ihre Bürgerpetition sammeln. Entsprechende Unterschriftenlisten werden bis dahin auch den Kreisgeschäftsstellen der CDU zur Verfügung gestellt. Die Mitglieder der CDU können mit ihrer Unterschrift die Schulpolitik der CDU unterstützen. Der Landesvorstand hofft, daß viele Mitglieder auch in ihrem Freundes- und Bekanntenkreis für die Bürgerpetition werben und Unterschriften sammeln. Listenformulare sind in den Kreisgeschäftsstellen zu haben. Außerdem wird dort auch ein Flugblatt zu haben sein, das die Unterschriftenaktion und ihre Ziele erläutert.

Wir geben hier zur Erläuterung der Unterschriftenaktion den Brief von Herbert Reul an die JU wieder in der Hoffnung, daß möglichst viele CDU-Mitglieder und -Freunde sich angesprochen fühlen:

Liebe Freunde,
wer geglaubt hat, daß nach dem erfolgreichen Volksbegehren gegen die kooperative Schule die Sozialdemokraten in NRW ihre schulpolitischen Aktivitäten verändern würde, sieht sich spätestens in diesen Tagen enttäuscht. Nach wie vor ist SPD-Schulpolitik ideologisch bestimmt. Nach wie vor nehmen Sozialdemokraten die tatsächlichen Bedürfnisse der Men-

schen und die eigentlichen Zukunftsfragen nicht mehr wahr.

„Unsere Partei träumt von ideologischen Alternativen“ — „Stramme Positionen, gesellschaftspolitische Kampflinien sind gefragt“ (Prof. Fahrtmann, Spiegel 18. 8. 1986).

Treffender kann man die aktuelle Schulpolitik der Landes-SPD nicht kennzeichnen. Nach wie vor will man über Schule die Gesellschaft ändern, auch wenn unterschiedliche Methoden verwendet werden. Zur Zeit ist eine Doppelstrategie der SPD festzustellen. Zum einen wird durch verschiedene Maßnahmen eine Entprofilierung und Aushöhlung der bestehenden gegliederten Schulen betrieben, während auf der anderen Seite verstärkt neue Gesamtschulen eingerichtet werden. Dabei schreckt die Landesregierung Rau auch nicht davor zurück, obrigkeitstaatl. Mittel einzusetzen.

Zweifelsohne spielt die Schulpolitik bei der Erneuerung unseres Landes eine Schlüsselrolle. Qualifizierte Bildung und Ausbildung ist notwendig zur Lösung der drängenden Zukunftsfragen. Jedoch brauchen wir nicht wenige, sondern besser qualifizierte junge Menschen, nicht die Diffamierung von Leistungen, sondern die Förderung der Leistungsbereitschaft, nicht neue ideologische Zentralschulen, sondern die Stärkung kleiner Lebenskreise in wohnortnahen Schulen.

Es geht nicht mehr darum, Gesamtschulen neben die bestehenden drei Schulformen zu stellen. Wer das vorgibt, täuscht die Bürgerinnen und Bürger, denn bei zurückgehenden Schülerzahlen bedeutet jede neue Schule den Tod bestehender Schulsysteme. Die CDU-Landtagsfraktion hat auf diesen Zusammenhang hingewiesen und eindeutig Priorität für den Erhalt des gegliederten, wohnortnahen und leistungsfähigen Schulwesens formuliert. Uns geht es nicht um eine naive Verteidigung des gegliederten Schulsystems, sondern um die Wieder-

herstellung eines bildungsbezogenen Schulsystems.

Deshalb unterstützen wir die Bürgeraktion Schule mit ihrer Bürgerpetition „Erhaltet unsere Schulen“. Wir sind der Auffassung, daß die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes dieser Landesregierung deutlich machen müssen, daß zunächst vorrangig die Frage des Erhalts bestehender, funktionierender Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien in den Städten und Gemeinden notwendig ist. Es muß darauf hingewiesen werden, daß es kein Zweiklassen-Elternrecht in unserem Lande geben darf. Es ist nicht einzusehen, daß eine Minderheit von Eltern nur eines Jahrgangs darüber entscheidet, wie die Schulstruktur einer Gemeinde sich grundsätzlich verändert.

Das sind sicherlich nur einige kurze Hinweise, die deutlich machen sollen, warum die CDU-Landtagsfraktion und auch ich Euch alle auffordere, die Bürgeraktion Schule in den Städten und Gemeinden zu unterstützen. Erfolgreich kann dieses Unternehmen nur sein, wenn es uns gelingt, viele hunderttausend Stimmen in unserem Lande zu mobilisieren. Deshalb fordere ich Euch auf, unbürokratisch dadurch Hilfestellung zu leisten, indem Ihr mit dazu beiträgt, daß

- die örtlichen Komitees der Bürgeraktion wieder reaktiviert werden,
- organisatorische und finanzielle Hilfestellungen der Bürgeraktion zuteil wird,
- Ihr selbst bei Veranstaltungen, aber auch in der Nachbarschaft und im Freundeskreis Unterschriften sammelt.

Unterschriftenlisten und Flugblätter der Bürgeraktion Schule sind zu beziehen über die Bürgeraktion Schule, Graf-Adolf-Straße 84, 4000 Düsseldorf 1, Telefon (02 11) 36 99 36, oder bei den Kreisgeschäftsstellen der CDU.

Es geht bei dieser Unterschriftenaktion letztlich um die Frage, was Schule leisten soll. Soll Schule zuförderst die jungen Menschen in ihren unterschiedlichen Begabungen, Neigungen und im Blick auf die Mannigfaltigkeit der Lebens- und Berufsaufgaben differenziert bilden und ausbilden, um das Individuum so zu einer möglichst umfassenden Entfaltung seiner Per-

sönlichkeit auf der Basis der anerkannten gesellschaftlichen Grundwerte zu führen? Oder aber soll Schule in Ansehung vielfältiger individueller Unterschiede junger Menschen, die im Prinzip einer totalen Gleichheit aller Menschen entgegenstehen — wie es im bildungspolitischen Programm der SPD wörtlich heißt:

„Alle Heranwachsenden zur Solidarität fähig . . ., allen Schülern gemeinsame soziale Erfahrungen als Voraussetzung für solidarisches Verhalten und Handeln“ ermöglichen? Aus einem solchen SPD-Verständnis folgt zwangsläufig die Forderung nach einer gemeinsamen Schule für alle. Deshalb wird auch im neuen SPD-Bildungsprogramm als Ziel formuliert „das bestehende vertikal gegliederte Schulsystem durch ein integriertes, stufengegliedertes zu ersetzen“. Die Gesamtschule soll also nicht zusätzliches Angebot, sondern Ersatz für das bestehende Schulsystem sein.

Die Junge Union ist in dieser schulpolitischen Auseinandersetzung besonders gefordert, da es um die Zukunft der jungen Generation geht. Ich fordere deshalb alle Ortsvorsitzenden und Kreisvorsitzenden der Jungen Union auf, in ihrem Bereich einen Beauftragten zu benennen, der die schulpolitischen Aktivitäten koordiniert und in Zusammenarbeit mit der CDU den Kontakt zur örtlichen Bürgeraktion aufrechterhält.

Ich hoffe, daß viele Mitglieder und Freunde der CDU bereit sind, das Anliegen der Bürgeraktion Schule, das auch unser Anliegen ist, zu unterstützen.

Seminar in Luxemburg

Die Politische Akademie Biggesee bietet vom 16. bis 19. November ein Europapolitisches Seminar in Luxemburg an. Es soll unter der Überschrift „Europäische Integration durch das Recht?“ über die Arbeit des Europäischen Gerichtshofes informieren, der sich vor kurzem erst mit dem interessanten Thema des Reinheitsgebotes für das deutsche Bier aus dem Jahre 1516 zu befassen hatte. Einzelheiten sind zu erfahren bei der Politischen Akademie Biggesee, Ewiger Straße 7—9, 5952 Attendorf/Neu-Listernohl, Telefon (027 22) 72 46.

Junge Union fusioniert und mit neuem Vorstand

Nach einigen Turbulenzen verabschiedeten die Delegierten aus dem Rheinland und aus Westfalen-Lippe in der Düsseldorfer Stadthalle die gemeinsame Satzung des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen. Damit war der Zusammenschluß der beiden Landesverbände zur Jungen Union Nordrhein-Westfalen geschafft und die Fusion vollzogen, die von der JU seit langem gefordert war.

Der 27-jährige Ronald Pofalla aus Weeze (Kreisverband Kleve) wurde zum NRW-Landesvorsitzenden gewählt. Stellvertreter sind Andreas Engelhardt aus Wuppertal, Edgar Lamm aus Aachen, Bernward Roters aus Recklinghausen, Dr. Joseph Rottmann aus Borken, Johannes Slawig aus Münster und Cornelia Yzer aus dem Kreisverband Mark. Schatzmeister ist Dr. Helmut Bentler aus Pa-

derborn, Pressereferent Herbert Reul aus Rhein-Berg, Justitiar Klaus-Stephan von Danwitz aus dem Erftkreis.

Und hier die Beisitzer: Lisa Becker (Rhein-Sieg), Johannes Büker (Höxter), Erwin Dahmann (Heinsberg), Wolfgang Diekmann (Hochsauerland), Franz-Josef Fechtler (Paderborn), Josef Gochermann (Gelsenkirchen), Magnus Grocholl (Köln), Hermann Gröhe (Neuss), Hubert Hüppe (Unna), Detlef Irmen (Mönchengladbach), Bernard Kemper (Gütersloh), Dirk-Uwe Klaas (Lippe), Susan Knoll (Mettmann), Norbert Könighaus (Soest), Klaus-Heiner Lehne (Düsseldorf), Johannes Machill (Steinfurt), Karsten Meyer (Duisburg), Thomas Rachel (Düren), Andreas Schmidt (Mülheim), Christoph Schulte (Krefeld), Regina van Dinther (Ennepe-Ruhr), Klaus Welle (Warendorf), Wolfgang Schwade (Soest).

CDU-Landtagsfraktion fordert Erziehungsgeld

Die CDU-Landtagsfraktion hat nach ihrer parlamentarischen Initiative zur Verbesserung des Schutzes des ungeborenen Lebens und der Einführung eines Landeswettbewerbs „Die familienfreundliche Stadt“ jetzt einen weiteren wichtigen familienpolitischen Akzent gesetzt. Sie hat einen Antrag zur Einführung eines Landeserziehungsgeldes in Höhe von 400 DM monatlich beschlossen.

Der familienpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Antonius Rüsenberg, weist darauf hin, daß die CDU die schwierige finanzielle Situation des Landes berücksichtigt und das Landeserziehungsgeld in Höhe von 400

DM für 10 Monate gezahlt werden soll. Auch sei eine Einkommensgrenze vorgesehen.

Rüsenberg erläutert dazu im einzelnen:

1. Politische Zielsetzung

Die Einführung des Bundeserziehungsgeldes hat zu einer erheblichen Verbesserung der familienpolitischen Rahmenbedingungen geführt. Mit dem Landeserziehungsgeld soll das Land NRW als Ergänzung einen eigenen Beitrag leisten, damit sich ein Elternteil während der für ein Kind bedeutsamen Entwicklungsphase dessen Betreuung und Erziehung widmen kann. Die CDU ist der Auffassung, daß durch das Erziehungsgeld die Erziehungskraft der Familie gestärkt und ihre Erziehungslei-

stung gesellschaftspolitisch anerkannt wird. Die CDU löst damit ihr Versprechen aus dem Wahlprogramm zur Landtagswahl 1985 ein.

2. Schutz des ungeborenen Lebens

Die CDU sieht im Landeserziehungsgeld in Zusammenhang mit der Bundesstiftung „Mutter und Kind“ und der von uns geforderten Landesstiftung auch einen wesentlichen Beitrag zum Schutze des ungeborenen Kindes.

3. Bezugszeitpunkt

Das Land NRW soll nach den Vorstellungen der CDU Müttern oder Vätern ein Landeserziehungsgeld für Kinder gewähren, die ab **1. Januar 1986** geboren sind. Dadurch ist ein direkter Anschluß an das Bundeserziehungsgeld gewährleistet.

4. Bezugsdauer und Höhe

Das Landeserziehungsgeld wird in Ergänzung zur Bundesregelung für 10 Monate gewährt. Es beträgt 400 DM monatlich. Eine Ausdehnung auf 12 Monate ist von der CDU erwünscht, aber aufgrund der finanziellen Situation des Landeshaushalts zur Zeit nicht möglich.

5. Einkommensgrenze

Die für die Zahlung des Bundeserziehungsgeldes ab dem 7. Monat zu beachtende Einkommensgrenze ist auch für das Landeserziehungsgeld gültig. Damit erhalten alle Berechtigten, die Anspruch auf das gesamte Erziehungsgeld von zur Zeit 10 Monaten haben, auch ein entsprechendes Landeserziehungsgeld weitergezahlt.

Die Einkommensgrenzen betragen bei Verheirateten, die von ihren Ehegatten nicht dauernd getrennt leben, 29 400 DM und bei anderen Berechtigten 23 700 DM. Die Beträge erhöhen sich um 4 200 DM für jedes weitere Kind des Berechtigten, für das ein Kindergeld gewährt wird. Diese Einkommensgrenzen bedeuten in der Praxis für ein Ehepaar einen Bruttoarbeitslohn von jährlich rund 40 000 DM.

Bei Einkommensüberschreitungen wird das Erziehungsgeld, um Härten zu vermeiden, stufenweise gekürzt.

6. Keine Anrechnung auf Sozialleistungen

Das Landeserziehungsgeld ist eine dem Bundeserziehungsgeld vergleichbare Leistung des Landes NRW. Es bleibt deshalb bei Sozialleistungen als Einkommen unberücksichtigt und ist steuerfrei. Eine Minderung anderer Sozialleistungen ist also ausgeschlossen.

7. Antragsberechtigung

Antragsberechtigt ist, wer Deutscher ist, oder die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Gemeinschaft besitzt.

8. Erwerbstätigkeit

Eine Erwerbstätigkeit während des Erziehungsgeldbezuges ist nur in geringem Umfang bis zu der Versicherungsfreigrenze (410 DM monatlich) zulässig.

Nordrhein-Westfalen-Lob

Am 2. Oktober vor 40 Jahren trat der von der britischen Besatzung einberufene nordrhein-westfälische Landtag zum erstenmal zusammen. Dieses Ereignis wurde jetzt im Beisein von Bundeskanzler Helmut Kohl in der Düsseldorf Oper gefeiert, wo auch die erste Sitzung stattgefunden hatte. Professor Dr. Paul Mikat, ehemals nordrhein-westfälischer Kultusminister und Mitglied des Bundestages, trug mit einer vielbeachteten Festrede entscheidend zu Gehalt und Niveau dieser Feier bei. Diese Rede auf das 40 Jahre alte Land Nordrhein-Westfalen, seine junge Geschichte, seine Vielfalt und seine Bürger wurde von Gästen der Feierstunde und von der Presse als rhetorisches Glanzstück gepriesen. Interessenten können Mikats Rede erhalten bei der Geschäftsstelle der CDU Nordrhein-Westfalen, Pressestelle, Wasserstraße 5, 4000 Düsseldorf 1, Telefon (02 11) 13 60 00.